

Ökosozial und gemeinwohlorientiert

– wie man die Zukunft Europas für ALLE fair gestaltet

Meine Damen und Herren,

man kann es nicht mehr vertuschen – Europa steckt in der Krise. Aber es wäre zu einfach, ja naiv, diese Krise auf die aktuelle sogenannte Schuldenkrise zu reduzieren und nicht auf die tieferen Ursachen einzugehen.

Man muss deshalb bei krisenhaften Entwicklungen immer auch die herrschenden Wirtschaftsideologien hinterfragen und kritisch beleuchten, genauso wie man auf Dauer eben nicht an dem Dogma „Die Sonne dreht sich um die Erde“ festhalten konnte.

Dazu habe ich mir folgende Agenda vorgenommen:

- 1. Neoliberalismus als Ursache der Welt-Finanzkrise 2007/2008**
- 2. Neoliberale Wirtschaftsideologie und Verteilungs-Fairness**
- 3. Freihandelsabkommen – TTIP**
- 4. Die Euro-Krise und die EU-Schuldenkrise**
- 5. Denkanstöße für einen Wandel zur gemeinwohlorientierten ökosozialen Marktwirtschaft als Chance für Europa**

Übrigens, dass kein Missverständnis entsteht: Ich bin zwar überzeugter Kritiker des Neoliberalismus, aber als Bankmanager gehöre ich zu den Profiteuren des aktuellen Systems!

Lassen Sie mich als Einstieg in das spannende Thema eine Folie aufblenden, mit der ich alle meine Vorträge in Bayern eröffne, nämlich einen Auszug aus unserer Bayerischen Verfassung. Dieser Verfassungsauftrag wäre meines Erachtens unverzichtbare Grundlage für alle europäischen Verträge, wenn dieses Projekt „Europa“ nicht zum Scheitern verurteilt werden soll. Dieser bayerische Verfassungsauftrag würde nämlich bei einer europäischen Umsetzung allen Beteiligten eine gute Zukunftsperspektive eröffnen.

Artikel 151

- (1) Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.**
- (2) ... Die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen findet ihre Grenze in der Rücksicht auf den Nächsten und auf die sittlichen Forderungen des Gemeinwohls. Gemeinschädliche und unsittliche Rechtsgeschäfte, insbesondere alle wirtschaftlichen Ausbeutungsverträge sind rechtswidrig und nichtig.**

Wird dieser Verfassungsauftrag derzeit in Deutschland und Europa umgesetzt und eingehalten? Müssen wir nicht erkennen: Wir leben aktuell nur noch marginal in einer sozial und ökologisch organisierten Marktwirtschaft. Denn wir leben inzwischen in einer gefährlich großen gesellschaftlichen Ungleichheit, in einem Finanz-Casino mit einer am oberen Zehntel der Gesellschaft ausgerichteten Profit-Maximierungs-Ideologie. Diese Ideologie beginnt inzwischen unsere Demokratie und Gesellschaft zu zerstören. Dies behaupte ich nicht

einfach so aus einem Bauchgefühl heraus, sondern werde es im Laufe meines Referats mit Zahlen und Fakten belegen.

1. Neoliberalismus als Ursache der Welt-Finanzkrise 2007/08

Meine Damen und Herren, selbstverständlich ist dieser Casino-Kapitalismus, der inzwischen massiv unsere europäische Idee von Frieden und Wohlstand für alle gefährdet, nicht „über Nacht“ über uns gekommen. Nein, dahinter steckt eine Ideologie, die sich langsam und schleichend seit den 1980er Jahren von den USA und Großbritannien, verbunden mit den Politiker-Namen Reagan und Thatcher, weltweit ausgebreitet hat – die neoliberale Wirtschaftsdeologie.¹ Als bildhaftes Gleichnis für diese geschickte Strategie eines schleichenden Gesellschaftswandels kann man hier folgende Geschichte nehmen, die ich nur als Gleichnis aufzeige und keinesfalls mit einem Lebewesen anwenden würde:

Wenn Sie einen Frosch in einen Topf mit heißem Wasser werfen, springt dieser sofort wieder heraus und rettet sein Leben.

Setzen sie den Frosch aber in kühles Wasser und heizen dann das Wasser ganz ganz langsam auf, dann merkt der Frosch nicht die Gefahr und wird klammheimlich gar gekocht.

Diese Methode wurde eben analog durch den Neoliberalismus für die Demokratien in Amerika und Europa angewandt und sie funktionierte.

Eigentlich ist diese Ideologie des neoliberalen Markt-Radikalismus nach meinem Verständnis grundsätzlich recht primitiv, die in ihren einfach gestrickten Modellen und Dogmen davon ausgeht, dass ein weitestgehend unregulierter Markt die besten wirtschaftlichen Ergebnisse erbringt und dass die Förderung von Egoismus und Profitmaximierung der Starken in unserer Gesellschaft den Wohlstand für alle vermehrt. Diese naive Annahme ist das Fundament des neoliberalen Casino-Kapitalismus. Die Ökonomen Friedrich von Hayek (1899-1992) als Verfechter eines Sozial-Darwinismus² und Milton Friedman (1912-2006), der dogmatische Angebotstheoretiker mit seinen „Chicago Boys“³, können hier als „geistige Väter“ benannt werden.

Seltsam, dass diese Idee des möglichst grenzenlos freien, also „unregulierten Marktes“ sich durchsetzen konnte. Ist es wirklich so schwer zu begreifen, dass allgemein geltende Wirtschafts-Regeln eine gelingende Gesellschaft braucht, wenn selbst der im Vergleich zur komplexen Wirtschaft relativ simple Straßenverkehr ein umfassendes Regelwerk und einen Strafen-Katalog benötigt? Dabei müsste doch der Straßenverkehr beim Einsatz menschlicher Vernunft und dem gleichen Ansatz wie bei der neoliberalen Wirtschaftsdeologie bestens funktionieren. Also: „Alle Verkehrsteilnehmer haben sich so zu verhalten...“. Sie wissen wie es weitergeht – und schon hätten wir eine Verkehrsabwicklung, die sich in effektivster Weise selbst reguliert wie angeblich bei der neoliberalen Marktwirtschaft. Moment mal, da sind doch Menschen beteiligt und wir wissen: Ein Tag ohne jede Verkehrsregelung, ohne Geschwindigkeitsbegrenzungen, ohne Ampeln, ohne Zebrastreifen, voll vertrauend auf die menschliche Vernunft – na ja, ich denke die Friedhöfe in Deutschland würden einen wirtschaftlichen Boom erleben. Aber warum setzte sich der irrwitzige Markt –

¹ www.wikipedia.org, Neoliberalismus

² www.kritisches-netzwerk.de, Das Wesen des Neoliberalismus

³ www.wikipedia.org, Chicago Boys

Neoliberalismus so erfolgreich durch? Ganz einfach – hinter diesem System der Marktgläubigkeit steckt heute eine simple Erkenntnis: Der Markt spielt bei dieser Ideologie im Interesse der Mächtigen und Wohlhabenden und die Mehrheit dieser Menschen tun in der Regel alles, um sich durchzusetzen, selbst wenn es letztendlich auch für sie – langfristig betrachtet – der falsche Weg ist.

Dieses Spiel der Marktgläubigkeit hat sich in den letzten 20 Jahren vor allem in die Finanzwirtschaft verlagert, da die Super-Reichen und damit grundsätzlich Mächtigen ihre Renditeforderungen in der Realwirtschaft nicht mehr erfüllt bekommen konnten. Aber die Akteure des Finanzmarkts fühlten sich für hohe und höchste Rendite-Ansprüche kompetent – vorausgesetzt man lässt sie frei schalten und walten. Und kaum zu glauben, die Politik erfüllte die Wünsche der Markt-Radikalen und befreite den Finanzbereich weitgehend von Regulierungen und Aufsicht. Das Finanz-Casino war eröffnet!

Übrigens werde ich nicht nur kritisieren und auch nicht als „allwissende Eier legende Wollmilchsau“ sofortige Lösungen bieten. Aber ich erlaube mir Denkanstöße zu jedem Thema.

Reden wir zuerst über die größte Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft – das Casino „Welt-Finanzsystem“, also die Finanz-Transaktionen – besser Finanzwetten –, durch globale Finanzkonzerne, Großbanken, Schattenbanken und Hedgefonds.

Was passiert hier und warum ist dies so gefährlich?

Lassen Sie mich kurz auf die Krisensituation 2008 eingehen, bei der das Welt-Finanzsystem kurz vor dem Kollaps stand und ohne staatliche Rettungsaktionen unsere Realwirtschaft mit in den Abgrund gerissen hätte und die auch Auslöser – nicht Ursache – der Euro-Krise war. Was waren also die Ursachen der Welt-Finanzkrise? Eigentlich muss jeder nicht psychisch beeinträchtigte Mensch aus dem eigenen Gewissen heraus spüren, dass eine auf Gier und grenzenlosen Eigennutz ausgerichtete Strategie zwar kurzfristig erfolgreich sein mag, aber keine Zukunft haben kann. Jedoch ist sich offensichtlich die Mehrheit dieser Gefahr nicht bewusst. Für mich ist es übrigens beklemmend zu beobachten, dass auch jetzt noch nach dem Welt-Finanzcrash mehrheitlich in den Mainstream-Medien, gleichgültig ob im Printbereich oder im TV, weiterhin die neoliberalen Theorien oft unreflektiert übernommen und verbreitet werden. Hier wird für mich auch deutlich, dass eine in einem langjährigen Hirnwäsche-Prozess implementierte sogenannte „Wahrheit“ kaum mehr hinterfragt und dadurch gegebenenfalls rechtzeitig geändert werden kann, bevor der sonst unvermeidliche „Super-Gau“ zum Denken zwingt. Die augenblickliche Situation erinnert stark an die Manipulationsmodelle in dem Roman „1984“ - geschrieben im Jahr 1948 von George Orwell- wobei sein sogenanntes „Neusprech“ inzwischen perfektioniert angewandt wird¹. Mir jedenfalls läuft es heute sofort eiskalt den Rücken herunter, wenn ein Spitzen-Politiker von „Reform“ spricht. Ein einstmals sehr positiv besetzter Ausdruck bedeutet heute nämlich in der Regel folgendes: Abbau des Sozialstaates und von Bürgerrechten. Bei einer Sache hat sich Orwell aber getäuscht, nämlich beim Ausmaß der Überwachung der Bürgerinnen und Bürger. Er hat ja in seinem Roman einige von der Bespitzelung geschützte Lebensbereiche angenommen. Wenn er noch die aktuell von Edward Snowden aufgedeckten Methoden der NSA und anderer Geheimdienste erleben würde, könnte er nur noch ungläubig staunen, welche Bespitzelungsmethoden ohne jede Grenze heute Realität und nicht Science-Fiction sind.

¹ George Orwell: 1984

Aber zurück zur großen Krise 2007/2008:

Viele sogenannte Experten glauben oder publizieren es so, dass die Welt-Finanzkrise 2008 eine Ursache hatte, nämlich die Immobilienblase in den USA. Sicherlich ist es unglaublich, dass es in den Vereinigten Staaten ab ca. Anfang der 2000er Jahre möglich war, ohne einen Dollar Eigenmittel-Einsatz Immobilien vollständig auf „Pump“ zu kaufen, selbst wenn man Niedrigverdiener oder sogar Arbeitsloser war. Die einzige Sicherheit war der auf dem Papier steigende Reichtum aus den steigenden Häuserpreisen wegen des ausgelösten Immobilien-Booms. Auch den Kreditgebern, also den Finanzinstituten, wurden dadurch in den Bilanzen immer bessere Sicherheiten für die fast unbegrenzt ausgereichten Baudarlehen suggeriert. Diese Story kennt heute jeder Interessierte.

Zusätzlich wird noch oftmals die großzügige Geldmengen-Vermehrung der amerikanischen Notenbank – FED – als Grund angeführt. Aber das erklärt noch lange nicht, warum das Welt-Finanzsystem am Abgrund stand. Nein, erst die Analyse, warum der Zusammenbruch des US-Immobilienmarktes das Welt-Finanzsystem gefährdete und die zu einer weltweiten Rettungsaktion von Bank- und Versicherungskonzernen mit gigantischen Beträgen durch den doch eigentlich verachteten Staat zwang, zeigt die wahre Ursache:

Es war die Umwandlung der Finanzbranche von einem Dienstleister der Realwirtschaft zu einem deregulierten und fast unbeaufsichtigten gigantischen Finanz-Casino, das seine Geschäfte von der Realwirtschaft fast völlig getrennt hat. Außerdem hat das Welt-Finanzcasino auch einen beachtlichen Teil an „Hütchen-Spielern“, also Falschspielern, die dem Kunden kaum eine echte Chance lassen. Oder wie soll man die bekannt gewordenen Manipulationen von Referenz-Zinssätzen¹ wie Euribor, Libor und ähnlichen Machenschaften durch die Geldhändler der Finanzkonzerne sonst nennen? Nein, das sind Hütchen-Spieler zu Lasten der Allgemeinheit! Deshalb wird klar – erst die Möglichkeit, maßlose Geldgier als ideologische Ersatzreligion, also als rechtmäßige und gesellschaftlich anerkannte Strategie zu verkaufen, erlaubte ein System weitgehend undurchschaubarer Finanzprodukte. Die strukturierten Kredit-Wertpapiere, bei denen amerikanische Häuslebauer-Schrott-Kredite, werthaltige Immobilien-Kredite und andere Darlehensforderungen zu handelbaren verbrieften Wertpapieren zusammengeschnürt und weltweit wie Aktien oder Anleihen verkauft und gehandelt wurden, sind das bekannteste Beispiel. Daneben kennen die meisten von Ihnen sicherlich auch noch die CDS-Papiere, also die Credit Default Swaps. Das sind handelbare Versicherungsscheine oder besser ausgedrückt, Wettscheine, die auf Bonitätsverschlechterungen, Pleiten – auch von Staaten – oder auch Bonitätsverbesserungen wetten. Das Groteske daran ist, dass Sie diese Versicherungen kaufen können, ohne im Besitz der zu Grunde liegenden Wertpapiere zu sein. Also in etwa so, als würden Sie eine Brandversicherung auf das Haus Ihres Nachbarn kaufen, in der Hoffnung, dass dieses bald abgefackelt wird und Sie die Versicherungssumme einstreichen können². Und glauben Sie mir, je mehr Menschen eine Brandversicherung auf das Haus ihres Nachbarn kaufen, umso mehr steigt die Wahrscheinlichkeit, dass das Nachbarhaus tatsächlich in Brand gerät. Oder wie war das mit den Brandstiftern bei der Euro-Krise?

Und dann setzten die Akteure der Welt-Finanzakteure noch eins drauf, nämlich die sogenannten Derivate, also Wertpapiere auf schon vorhandene Wertpapiere. Übrigens – selbst einer der mächtigsten Finanz-Investoren der Welt und Milliardär, Georges Soros, hat eine klare Aussage zu diesem Zeug getroffen. Er sagte klar und unmissverständlich: „Kredit-Derivate sind Instrumente der Zerstörung“³. Dass diese Finanz-Wetten auch noch zum

¹ www.spiegel.de, 04.12.2013

² www.manager-magazin.de, 11.05.2014

³ www.diepresse.com, 30.06.2009

großen Teil kreditfinanziert, also gehebelt – finanzsprachlich „gehedget“ – wurden und damit den Wettspiel-Gewinnern Renditen im zweistelligen, manchmal auch dreistelligen Bereich für ihr eingesetztes Kapital ermöglichte, führte zu immer größerer Gier und dem naiven Glauben an die neuen Alchemisten unserer Welt – die Finanzmanager. Nur dass diese im Gegensatz zum mittelalterlichen Alchemist nicht die Erschaffung von Gold aus Eisen versprachen, sondern dass man leistungslos und fast ohne Risiko aus Geld zusätzliches Geld machen kann. Aber das war eben nur ein Traum. Grenzenlose Geldvermehrung ohne Auswirkung und Beteiligung der Realwirtschaft ist eben doch nicht möglich. Nein, selbstverständlich mussten die Risiken letztlich in den Bilanzen – wenn auch oft zunächst versteckt in Zweckgesellschaften – der realwirtschaftlichen Unternehmen untergebracht werden.

Und jetzt beginnt auch die Erkenntnis für die Ursachen der Systemkrise: Die neoliberale ideologisch gewollte weitgehende Deregulierung der globalen Finanztransaktionen! Also die fast unbegrenzte Zulassung von Schattenbanken wie Hedgefonds, Private Equity Fonds – besser bekannt als Heuschrecken -, Zweckgesellschaften wie Conduits usw. außerhalb der Bank-Bilanzen und außerhalb jeder Finanzaufsicht und staatlicher Kontrolle, außerhalb der geregelten Börsen und damit als OTC-Geschäfte, also auf deutsch „über den Tisch“ gehandelte Wett-Geschäfte, waren und sind die Zeitzünder der System-Krise. Zusätzliche Zeitzünder sind dann auch noch die Niederlassungen von Finanzkonzernen als Briefkasten-Firmen in Steueroasen ohne jede Auskunftspflicht und damit ohne jede rechtzeitige Eingriffsmöglichkeit bei für die Volkswirtschaften gefährlichen Fehlentwicklungen.

Folgende wenige Zahlen verdeutlichen, dass dieser gefährlichen Zustand des Welt-Finanzsystems wieder aktuell ist:

Das Bruttoinlandsprodukt des gesamten Planeten Erde betrug 2012 rd. 70 Billionen Dollar; der Wert des Schattenbankensystems wurde auf 100 Billionen Dollar geschätzt; der Wert der OTC-Derivate wurde 2012 auf die zehnfache Summe des Welt-BIP, also 700 Billionen Dollar geschätzt. Man kann dies nur als Irrsinn bezeichnen!¹

Wurden aber Lehren aus dem Finanzcrash 2008 gezogen? Nach meiner Erkenntnis bis auf einige kosmetisch zu nennende Korrekturen, vor allem zu Lasten der kleinen Kreditinstitute wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken: Nein!

Zwar versucht die Politik, das Welt-Finanzsystem besser zu regulieren. Leider bisher noch nicht sehr erfolgreich und die genannten Zahlen lassen den nächsten Riesen-Crash schon „um die Ecke schauen“.

Ich erlaube mir einige Vorschläge, die auch andere Kritiker des Finanz-Casinos in ähnlicher Form fordern und vielleicht den Super-Gau noch abwenden könnten:

- 1. Verbot von Derivaten, die nicht der Absicherung realer Geschäfte dienen, z. B. von Waren-Termingeschäften.**
- 2. Zulassung von neuen Finanzprodukten erst nach Überprüfung der Unbedenklichkeit und Sinnhaftigkeit – also vorherige Prüfung durch einen Finanz-TÜV, wie es selbstverständlich weltweit für die Zulassung neuer technischer Geräte gilt.**
- 3. Regulierung und damit letztlich Beseitigung des Schatten-Banken-Systems.**
- 4. Austrocknung der Steueroasen.**

¹ Davide Fraschi, Imre Kondor, Mateo Marili: Studie „The interrupt Power Law and the Size of Shadow Banking“ – veröffentlicht am 16.09.2013

5. **Einführung einer alle Finanztransaktionen umfassenden Finanz-Transaktionssteuer, und zwar wirklich alle und nicht nur auf Aktien- Börsen-Transaktionen, denn das ist nur Augenwischerei. Dass sich meine Managerkollegen der Finanzkonzerne gegen eine alles umfassende Transaktionssteuer wehren und sei es nur 0,01 Prozent, versteht man sehr schnell, wenn man an die wahren Hintergründe denkt. Es geht hier nämlich dann um echte Transparenz. Plötzlich würden die Politik, die Finanzaufsicht und die Notenbanken genau wissen, wo, von wem und in welcher Größenordnung Casino-Finanztransaktionen betrieben werden und könnten bei gefährlichen Entwicklungen rechtzeitig eingreifen.**
6. **Mein persönlicher Haupt-Vorschlag: Rückführung des Bankensystems in seine ureigensten Aufgaben als Dienstleister der Realwirtschaft – nämlich Risikomanagement, Kapitalallokation für die Gelder der Sparer, Bereitstellung von Krediten und Betrieb eines effizienten Zahlungssystems.**

Da die neoliberale Ideologie auf die Shareholder Value-Diktion, also dem absoluten Vorrang der Gewinn-Maximierung für die Kapitaleigner fokussiert ist, kann eine Bank als Aktiengesellschaft nicht seiner originären Aufgabe, nämlich das Beste für die Kundinnen und Kunden zu tun, nachkommen. Wer auf den Vorteil der Kapitaleigner geeicht ist, kann nicht gleichzeitig beste Kundenorientierung anstreben. Wer etwas anderes behauptet, belügt sich selbst.

Deshalb dürfen Banken nach meinem Vorschlag nur noch als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, Genossenschaften, gemeinnützige Unternehmen oder auch als staatliche Anstalten des öffentlichen Rechts, wie z. B. die KfW, fungieren.

Damit würde sich auch die Sache „too big to fail“, also „zu groß um zu scheitern“, von selbst erledigen!

2. Neoliberale Wirtschaftsideologie und Verteilungs-Fairness

Lassen Sie mich nun auf den Punkt „Verteilungsfairness“ oder besser „Unfairness“ bei meinen Erläuterungen zum Casino-Kapitalismus eingehen. Es ist nicht das Finanz-Casino allein, das unsere Demokratie und Gesellschaft in den Abgrund schauen lässt. Nein, dazu gehört leider auch die Real-Wirtschaft, die sich in den letzten Jahrzehnten durch die neoliberale Ideologie offensichtlich zu einem Kampf zwischen Arm und Reich entwickelt hat. Die Veröffentlichungen Anfang des Jahres durch das DIW Berlin bestätigen nachdrücklich meine Aussage.

Diese Feststellung ist aber nicht nur auf „meinem Mist“ gewachsen.

Einer der reichsten Männer der Welt und Milliardär, nämlich Warren Buffett, bezeichnet es sogar als „**Krieg der Reichen gegen die Armen**“¹.

Aber nicht nur der eine oder andere Super-Reiche erkennt den Ernst der Lage für die Gesellschaft. Auch andere Welt-Persönlichkeiten weisen mit aller Deutlichkeit darauf hin. Ich bin zwar nicht gerade ein begeisterter Anhänger der Amtskirchen, aber dem neuen katholischen Kirchenoberhaupt, Papst Franziskus, gehört meine Bewunderung für seine Aussagen zu unserem aktuellen Wirtschaftssystem.

Lassen Sie mich das erste Zitat aus seinem kürzlich veröffentlichten Lehrschreiben „Evangelii Gaudium“ und sein Gesamturteil vortragen:

¹ www.aristoblog.de, 02.02.2014

„Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Debatte einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel.“

Sein Gesamturteil: „Diese Wirtschaft tötet.“¹

Wenn man bedenkt, dass derzeit weltweit täglich 30 000 Kinder² unter 10 Jahren verhungern bzw. an den Folgen des Hungers sterben, wenn man weiß, dass die Säuglingssterblichkeit in Griechenland um 43 %³ gestiegen ist, weil sich inzwischen die Mehrzahl der werdenden Mütter keine Vorsorgeuntersuchungen leisten können, dann versteht man den Zorn von Papst Franziskus über das aktuelle Wirtschaftssystem. Aber selbst einer der sogenannten Wirtschaftsweisen, Professor Peter Bofinger, der mir immer wieder einmal als „Minderheits-Votierer“ im Gruselkabinett des neoliberalen Wirtschafts-Sachverständigenrat der Bundesregierung angenehm auffällt, hat gesagt: „Für viele hat Geld die Religion abgelöst“.

Ich kann heute gar nicht so ausführlich auf Einzelheiten der Profitmaximierungs-Ideologie eingehen. Das würde den Rahmen dieser Veranstaltung sprengen. Aber einige Beispiele der Desinformation der Bürgerinnen und Bürger will ich doch anführen:

1. Die Aussage „Deutschland geht es gut“ ist beste Vernebelungstaktik im orwellschen Sprachduktus. Korrekt wäre die Aussage „50 Prozent der Deutschen geht es gut und davon 10 Prozent hervorragend. Bei den anderen 50 Prozent geht es leider abwärts.“

Dies kann man schlicht und einfach mit der Entwicklung der Einkommen und Vermögen präzisieren und nachweisen.

Lassen Sie mich zuerst die Entwicklung der Vermögensverteilung analysieren, die vom DIW Berlin derzeit für die Jahre 2008 bis 2012 erforscht wird und vor ein paar Wochen publiziert wurde.⁴ Grundtenor: Die Lage in Deutschland hat sich seit dem Ergebnis 2002 bis 2007 keineswegs verbessert. Wir sind inzwischen das Schlusslicht in Europa. Also: in den Jahren vor 2007 besaßen die unteren 5 Dezile, also die unteren 50 Prozent der Deutschen zwischen 0,00 und 1,3 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland oder hatten Schulden. Den obersten 10 Prozent gehörten 2007 bereits 57,9 Prozent des deutschen Gesamt-Nettovermögens.

Inzwischen hat sich diese Schere nochmals geöffnet. Die oberen 10 Prozent besitzen inzwischen über 60 Prozent des Vermögens und damit schon fast zwei Drittel. Dies ist bei einer neoliberalen Wirtschaft eine logische Folge und wird so weitergehen!

Bei der Einkommensverteilung ist die Lage nicht anders:

Hier stellt man fest, dass die unteren 50 Prozent Einkommensverluste haben. Die obersten 10 Prozent verzeichnen dagegen einen gewaltigen Sprung nach oben. Gleichzeitig hat sich nach den DIW-Forschungen in diesem Jahrzehnt die Armutsrisikoquote in Deutschland von ca. 11,2 Prozent auf ca. 15,7 Prozent der Bevölkerung erhöht.

¹ <http://w2.vatican.va/content/vatican/it.html>, Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium des Heiligen Vaters Papst Franziskus an die Bischöfe

² www.30000-kinder-sterben-taeglich.de

³ www.spiegel.de, 22.02.2014

⁴ www.diw.de, DIW-Berlin – SOAP

2. Die Aussage: „Wir müssen den Gürtel enger schnallen, denn wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.“

Seltsam: Die Gesamtvermögen in Deutschland sind auch in den letzten 5 Jahren weiterhin ununterbrochen gestiegen. Was passt hier nicht?

Ganz einfach: Korrekt wäre die Aussage: „Die Vermögen der Banken, Versicherungen, Fonds und Super-Reichen wurden in der Finanzkrise mit Milliarden von Steuergeldern aller Bürgerinnen und Bürger gerettet und diese Vermögen steigen weiter. Umgekehrt stieg deshalb die Staatsverschuldung von 60 Prozent auf über 80 Prozent im Verhältnis zum BIP. Also, diese Zocker haben über ihre Verhältnisse gelebt und sollten zur Wiedergutmachung den Gürtel enger schnallen.“ Eine entsprechende Vermögensabgabe wäre hier gerecht und hilfreich.

3. Die Aussage: „Der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar.“

Korrekt wäre die Aussage: „Der Staat wird bewusst geschwächt, denn dies entspricht den Glaubenssätzen der neoliberalen Ideologie und erleichtert die Umverteilung von unten nach oben“.

Lassen Sie mich beim Thema Steuern auch auf die Jubel-Meldungen der letzten Wochen über Steuer-Rekordeinnahmen eingehen. Natürlich gibt es grundsätzlich in jedem Jahr mit einem auch noch so geringen Wirtschaftswachstum auch neue nominale Rekordeinnahmen bei den Steuern – wenn es nicht vorher Steuergeschenke gibt. Das ist so selbstverständlich wie bei den Bestands-Renten. Auch eine Erhöhung um nur 0,1 Prozent pro Jahr bedeutet nominal jedes Jahr eine neue Rekord-Rentenhöhe. Also – beste Marketing-Sprache! Diesmal sind jedoch die Steuern im ersten Quartal 2014 tatsächlich recht kräftig gestiegen. Dazu hat sicherlich der mildeste und trockenste Winter seit 135 Jahren¹ beigetragen. Die Bauwirtschaft konnte deshalb fast ununterbrochen durcharbeiten und damit gab es auch kaum Saisonarbeitslosigkeit im Bauhauptgewerbe. Entsprechend hat das Finanzministerium schon vorsichtig auf den Sondereffekt „kein Winter“ hingewiesen, der in den nächsten Monaten - ausgenommen April - keine wesentliche Rolle mehr spielen wird. Ich weise aber noch auf eine zusätzliche Entwicklung hin, die wohl die nächsten Quartale positiv beeinflussen wird, nämlich die Welle von Selbstanzeigen von Steuerbetrüglern mit Schweizer Konten. Die Schweiz zwingt ja inzwischen ihre deutschen Anleger bis zum Jahresende ihre Konten steuerlich in Ordnung zu bringen. Dies bedeutet für 2014 sicherlich Mehreinnahmen in Milliardenhöhe, wenn man liest, dass inzwischen bei Grenzprüfungen bei der Schweiz-Ausreise in jedem dritten deutschen Auto Schwarzgeld entdeckt wird. Ergebnis: 2012 vor der Änderung der Schweizer Bankgesetze wurden von deutschen Zollbeamten 9,3 Millionen und 2013 nun 573 Millionen Euro, also über eine halbe Milliarde Schwarzgeld an der Grenze sichergestellt². Aber selbst diese beachtlichen Mehreinnahmen können nicht die Steuergeschenke der letzten 15 Jahre ausgleichen.

Ich erinnere dabei nur an die Senkung des Spitzen-Einkommensteuersatzes für Leute wie mich von 53 Prozent auf nunmehr 42 Prozent bzw. ab einem Jahreseinkommen von 250 000 Euro auf 45 Prozent.

¹ Nürnberger Nachrichten, 23.04.2014

² www.faz.net, 19.04.2014

Die Herausnahme der leistungslosen Einkommen aus Dividenden und Zinserträgen aus der progressiven Einkommensteuer und Festlegung auf einheitlich 25 Prozent auch für Millionäre und Milliardäre sei ebenso wie die Abschaffung der Vermögensteuer nur zusätzlich erwähnt.

Wenn man diese Steuergeschenke nicht gemacht hätte, wären die Staatseinnahmen jährlich im Schnitt um 50 Milliarden Euro höher ausgefallen. Dazu kommt noch der Betrag der jährlichen Steuerhinterziehungen – also Straftaten – von ebenfalls 50 Milliarden und die Summe von jährlich rund 90 Milliarden, die wegen der Steueroasen und Ausnutzung von Schlupflöchern in den Steuergesetzen unserem Staat entzogen werden. Bei diesen Summen erkennen Sie, wie gut und sinnvoll unser verfassungsrechtlich festgeschriebener Sozialstaat finanzierbar wäre. Und dann erinnern Sie sich an die inzwischen fast völlig in der öffentlichen Meinung verdrängten Bankkonzern-Rettungen, die den Staat allein bei der HRE-Bank zig Milliarden Euro kostet. Ohne die Steuergeschenke und ohne Banken-Rettungsmilliarden wäre viel möglich. Dabei denke ich an eine echte und gerechte Familienpolitik mit z.B. einem echten Erziehungsgehalt und KITA-Plätzen für Kleinkinder mit einem wissenschaftlich geforderten Betreuungsschlüssel von 1 : 3 statt derzeit 1 : 6¹, die Unterfinanzierung der Kommunen in strukturschwachen Gebieten, die Renovierung unserer inzwischen in weiten Teilen maroden Infrastruktur, die vielen maroden Schulen und Universitäten, die Achtung der Menschenwürde für die in unserer Gesellschaft Benachteiligten, Schwachen oder auch Gescheiterten. All dies wäre weitgehend gemeinwohlorientiert problemlos finanzierbar. Selbst der sicherlich nicht als gerecht empfundene sogenannte „steuerlich benachteiligte Mittelstandsbauch“ – also die derzeit wieder hektisch diskutierte „kalte Progression“ – und die Überbesteuerung für kleine Familienunternehmen im Vergleich zu Konzernen, wären dann problemlos und sofort in Ordnung zu bringen. Geradezu zornig macht mich deshalb die kürzlich aufgedeckte unfassbare Unmoral der Steuertricks von Finanzkonzernen und Großanlegern im Zusammenhang mit Aktiengeschäften, den sogenannte Cum-ex-Geschäften², bei denen man sich eine einmalig gezahlte Kapitalertragsteuer mehrfach erstatten ließ. Diese Perversion der Profitmaximierung, die wohl nur in einem Klima der aktuellen neoliberalen Ideologie des Profitstrebens ohne ethisch-moralische Bedenken entstehen konnte, ist nichts anderes als Diebstahl an den von den steuerehrlichen Bürgerinnen und Bürgern bezahlten Abgaben. **Übrigens: Ich bezeichne Steuern als das was sie sind, nämlich Gemeinwohlabgaben!**

Noch ein Hinweis zum Thema „Mittelstand“: Für mich sind es eher automatisierte Sprechblasen, wenn die Mehrheit der Entscheider und Entscheiderinnen der etablierten Parteien jeglicher Farbe sich als Wahrer und Unterstützer des Mittelstandes bezeichnen. Die tatsächlichen politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte dienten fast ausschließlich den Interessen der Konzerne. Oder ist das Mittelstandsförderung, wenn es in Deutschland möglich ist, dass der Amazon-Konzern als einer der Hauptkonkurrenten mittelständischer Unternehmen hier bei über 2 Milliarden Gewinn eine Steuerquote von nur 3 Prozent hat und jeder Mittelständler den vollen Steuersatz begleicht³? Ähnlich schlimme Zahlen gibt es selbstverständlich für die Konzerne Ikea, Starbucks, Google und weitere – auch deutsche – Weltkonzerne.

¹ Gunther Moll: Hallo, hier spricht mein Gehirn

² Die Welt, 19.04.2014

³ www.zeit.de, 13.07.2013

Ebensolche Sprechblasen werden beim beschworenen Einsatz für die bäuerliche Landwirtschaft abgelassen. Schauen wir uns doch einfach die Entscheidungen der jeweiligen Regierungen in den letzten 20 Jahren an. Welchen Weg nahmen die Subventionen in Europa? Es waren die Agrarfabriken und die industrielle Landwirtschaft, die vor allem profitierten. Auch deshalb mussten immer mehr Familienbetriebe aufgeben. Damit kein Irrtum aufkommt: Natürlich weiß ich, dass es auch in den etablierten Parteien großartige Mitglieder und Mandatsträger bzw. -trägerinnen gibt, die sich sehr wohl für eine radikale Abkehr von der neoliberalen Ideologie, für Vorrang der Ökologie, für Umweltschutz und für eine bäuerliche Landwirtschaft einsetzen. Diesen Menschen bin ich sehr dankbar und man kann sich nur wundern, dass sie noch nicht aufgegeben haben.

Wenn aber die Mehrheit der Entscheider/-innen in der Politik die Konzernförderung ungebremst fortsetzt, dann steuern wir geradewegs auf eine plutokratische Staatsform hin, also eine Herrschaft der Wenigen!

Übrigens Infrastruktur und sprudelnde Steuereinnahmen: Haben Sie die Nachrichten vor einiger Zeit zum Thema „marode Straßen und Eisenbahn-Brücken und -Trassen“ gelesen? Selbstverständlich musste auf Grund der Steuersenkungen sowie der Bankenrettungs-Milliarden und trotz Abbau von Sozialleistungen, man nennt das Agenda 2010, unsere Infrastruktur im Verkehrswesen und im Bildungsbereich auf „Verschleiß gefahren“ werden. Inzwischen ist der Investitionsstau so gewaltig, dass den Politikern bewusst wird: hier kommt ein Riesenproblem auf uns zu. Ja und nun – nehmen wir endlich diejenigen in die Pflicht, die durch die Banken-Rettungsaktion und die Euro-Rettungsschirme mit Steuergeldern ihre Vermögen – nicht die der einfachen Bürger in Griechenland usw. – gerettet bekamen? Natürlich nicht, denn schon haben wir einen neoliberalen Lösungsvorschlag zur Schonung der Besserverdienenden und Wohlhabenden. Man lasse ganz einfach jeden Autofahrer – ob arm oder reich – 100 Euro Straßen-Soli pro Jahr zahlen, vorerst einmal bis zum Jahr 2030. Im Gegensatz zu Otto Normalverdiener, dem 100 Euro Straßen-Soli wirklich weh tun, ist das für die oberen 20 Prozent kein Problem. Wieder einmal sollen die Starken entgegen des Grundgesetz-Auftrags entsprechend ihrer Möglichkeiten nicht ein Stück mehr zum Gemeinwohl beitragen, sondern zum Nachteil der Schwächeren geschont werden. Wirklich zum Haare ausraufen!

4. Die Staatsverschuldung muss zurückgefahren werden, sonst hinterlassen wir unseren Kindern nur Schulden

Auch diese Aussage ist wieder nichts anderes als entweder bewusste Verschleierungstaktik über die wahren Gründe für diese Aussage oder eben volkswirtschaftliche Naivität. Wir hinterlassen selbstverständlich in einem kapitalistischen Geldsystem, in dem die Schulden des einen zwangsläufig in gleicher Höhe das Vermögen des anderen sind, eben nicht nur Schulden. Es geht auch hier wieder nur um die Verteilungsfrage. Für die Kinder der oberen 20 Prozent, nämlich von denjenigen, die die Staatsanleihen in ihren Vermögensportfolios haben, werden natürlich die Zinseinnahmen aus den Staatsschulden erheblich höher sein, als ihr Anteil an den Zinszahlungen für diese Staatsschulden. Also bitte merken: bei der derzeitigen Vermögensverteilung profitieren die Kinder von 20 Prozent gewaltig aus den Staatsschulden und von 80 Prozent wird kräftig draufgezahlt beim Staatsschuldenerbe. Was wir aber wirklich allen unseren Nachkommen hinterlassen, ist der Jahrtausende strahlende Atommüll und ein ausgebeuteter Planet, von dessen Ressourcen wir derzeit 1,4 mal soviel

pro Jahr verbrauchen¹, als er regenerieren kann und dem vielleicht ein von uns provoziertes Klimawandel noch den Rest gibt. Das immer wieder zu sagen und zu publizieren wäre unser aller Aufgabe!

3. Freihandelsabkommen TTIP

Eines möchte ich gleich zu Beginn der Ausführungen zu TTIP² klar stellen: Ja, die Gefahr des Abbaus von Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards auf das jeweils niedrigere Niveau der beteiligten Staaten ist groß. Aber nicht sofort, sondern ebenfalls wieder schleichend. Ich komme noch darauf zurück. Neu ist, dass die EU-Kommission inzwischen folgendes bemerkt hat: Chlor-Hühnchen, Gen-Lebensmittel, Fracking und ähnliche Scheußlichkeiten hat einen Zusammenschluss der TTIP-Gegner in den Zivilgesellschaften wie Greenpeace, attac, Global Marshall-Plan-Initiative usw. hervorgerufen und eine breite Front der Ablehnung von TTIP in der Gesamtgesellschaft aufgebaut. Gegen diesen massiven Widerstand kann TTIP wohl nicht realisiert werden. Die Kommission hat deshalb diese „Ekel-Themen“ vollständig aus den Verhandlungen herausgenommen und damit dem Protest die Öffentlichkeits-Wirksamkeit entzogen. Motto: Kein Ekelfleisch, keine Gentechnik und kein Fracking, dann interessiert uns die Sache nicht mehr. Das wäre fatal, denn die mittel- und langfristigen Wirkungen wären eine Katastrophe für unseren Umwelt- und Verbraucherschutz und unsere demokratischen Rechte als Bürgerinnen und Bürger. Warum?

1. Die rechtliche Verankerung der Macht der Konzern-Lobbyisten

Also statt gültige Verbraucherschutz-, Gesundheits- und Sozialstandard-Regeln gegen extreme Widerstände trotzdem zu kippen, wird darauf verzichtet und dafür folgender Beschluss gefasst: ab TTIP-Vertragsabschluss werden die Einflüsse der Konzerne auf die Gesetzgebung rechtlich abgesichert. Jedes geplante neue Gesetz in einem EU-Staat oder in den USA muss dann frühzeitig unter Einbeziehung der Wirtschafts-Lobbyisten überprüft werden, ob es einen wesentlichen Einfluss auf die Handelsbeziehungen hätte. Der Wirtschafts-Lobbyismus erhielte auf Kosten der demokratischen Gremien der Legislative weitgehend uneingeschränkte Macht. Und dann können Sie wirklich neue und verbesserte Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards vergessen.

2. Die Zerstörung der richterlichen Gewalt, unserer unabhängigen Justiz

Lassen Sie mich gleich eine Feststellung treffen: Die Freihandelsabkommen der Industriestaaten mit Entwicklungs- und Schwellenländer wurden nicht als partnerschaftliche Hilfe zur Entwicklung von demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen verstanden. Nein, sie dienen dazu den Industriestaaten als die starken Partner auf Dauer massive Vorteile auf Kosten der Schwachen zu verschaffen. Diese würdelose und unethische Ausnutzung von Handelsabkommen entspricht ganz bestimmt nicht den Idealen von weltwirtschaftlichen Beziehungen zum Vorteil aller Völker und Gesellschaften, wie sie der berühmte Ökonom des 19. Jahrhunderts, David Ricardo (1772-1823), als Modell entwickelte³. Damit wird klar, dass die im TTIP-Abkommen unumstößlich verankerten privaten Schiedsverfahren mit Rechtswirkung auf die Staaten und damit die Bürgerinnen und Bürger, und zwar auch als Steuerzahler, eine

¹ www.reset.org, Dein ökologischer Fußabdruck

² www.marshallplan.org, Das EU-USA Freihandelsabkommen (TTIP)

³ Heiner Flassbeck: 66 starke Thesen zum Euro, zur Wirtschaftspolitik und zum deutschen Wesen, S.112 ff

massive Bedrohung für jeden Rechtsstaat darstellen. Eine „Privatjustiz“ als Perversion des Eigentumsrechts ist der Einstieg in Feudalstaat-Strukturen und in eine Klassenjustiz, die Unternehmen größere Rechte zuerkennt als den Bürgerinnen und Bürger. Diese können nämlich kein Unternehmen oder einen Staat vor ein solches Schiedsgericht bringen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist das TTIP-Abkommen der EU mit den USA äußerst kritisch zu betrachten und in der derzeit bekannten Form strikt abzulehnen.

Übrigens - selbstverständlich habe ich mir trotzdem auch die von der EU-Kommission verbreiteten möglichen positiven Aspekte dieses Abkommens angeschaut. Sicherlich wirkt es erst einmal positiv, wenn bei einer Inkraftsetzung des Freihandelsabkommens ein Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent prognostiziert wird. Wenn man dann näher hinschaut, muss man wieder einmal feststellen, dass die beliebte neoliberale Methode des Nebelkerzen-Werfens angewandt wird. Die 0,5 Prozent-Wachstums-Prognose bezieht sich nicht auf ein Jahr, sondern auf einen Zeitraum von 10 Jahren. Ergo wird hier ein wirtschaftliches Wachstum von 0,05 Prozent pro Jahr vorausgesagt. Aber es ist doch bekannt, dass sogar die Wachstumsprognosen unserer Forschungsinstitute - einschließlich der sogenannten „Wirtschaftsweisen“ – in der Regel um 50 Prozent daneben liegen. Beispielsweise statt der prognostizierten 0,8 Prozent Wachstum werden es dann nur die Hälfte mit 0,4 Prozent usw. Hier wird einfach von der Kommission nach dem Motto verfahren: Wachstum ist positiv in der Volksmeinung verankert, also wird Wachstum prognostiziert und schon läuft das Ding! Übrigens gab es diese Vorgehensweise auch beim NAFTA-Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko. Ergebnis: unter dem Strich statt Wachstum mit mehr Arbeitsplätzen Verlust tausender von Arbeitsplätzen – vor allem in Mexiko, deren Bauern rücksichtslos niederkonkurriert wurden. Wir sollten also nicht auf diese Methode hereinfliegen.

Und lassen Sie mich zum Schluss dieses Themas ganz klar und deutlich auf bayerisch sagen:

Das TTIP-Abkommen ist so notwendig wie ein Kropf!

Für die Abschaffung der wenigen Zollschränken zwischen den USA und der EU braucht es kein TTIP-Abkommen, aus dem wir nie mehr herauskommen würden, da solche Entscheidungen die Zustimmung aller beteiligten Länder finden muss. Und das Wichtigste: Wir wollen unsere Parlamente bis hinunter zu den Kommunalparlamenten – und auch die wären bei Investitionsentscheidungen von TTIP betroffen – und damit die demokratische Souveränität der Bürgerinnen und Bürger nicht durch Entscheidungen von Sondergerichten ihrer Handlungsfreiheit berauben. Wir wollen keine privaten Rechtsverfahren unter grundsätzlichem Ausschluss der Öffentlichkeit und gegen deren Entscheidungen keine Rechtsmittel eingelegt werden können, also endgültig sind. Das ist eine Karikatur einer unabhängigen Rechtsprechung in einem Rechtsstaat, die uns Artikel 20 des Grundgesetzes garantiert! Also warum sollten wir solche Sondergerichte brauchen? Ist es wieder eine Fortsetzung der neoliberalen Ideologie zur Schwächung des Staates? Ist es vielleicht der Wunsch der Konzerne und ihrer Eigentümer, endlich auch die Justiz in ihrem Sinne zu beeinflussen, **also Recht nicht mehr im Namen des Volkes, sondern im Namen des Geldes** sprechen zu lassen?

Aber nun will ich auf den interessantesten Punkt für die Zukunft Europas und der Euro-Währung eingehen:

4. Die Euro-Krise und die EU-Schuldenkrise

Welche Fehleinschätzungen oder auch fachlichen Fehler gab es beim Beschluss zur EU-Währungsunion? Oder gab es auch bewusste Täuschungen? Waren es die anderen, z.B. die Süd-Europäer, die Schuld an der Misere sind oder haben auch die Starken Europas wie z. B. Deutschland dazu beigetragen?

Übrigens, ich bin überzeugter Europäer, begeisterte Anhänger der europäischen Idee sowie der politischen und wirtschaftlichen Verknüpfung derjenigen Europa-Staaten, die zusammenpassen und sich auch politisch-gesellschaftlich zusammenschließen wollen.

Gerade deswegen müssen wir aber unmissverständlich aktuell feststellen:

Auch Europa wird an der neoliberalen Ideologie mit Profitmaximierungsstrategien, Durchsetzung der Starken über die vermeintlich Schwachen, Konkurrenz der Wettbewerbsfähigkeit unter den Euro-Staaten um jeden Preis, ohne eine Strategieänderung scheitern und im Chaos enden. Einen Staatenbund mit der Ideologie der Konkurrenz statt Kooperation mit fairem Wettbewerb und wirtschaftlichen Ausgleich untereinander ist nicht überlebensfähig. Wenn man dieses Konkurrenzgebilde dann auch noch in eine gemeinsame Währung zwingt und so den Schwächeren die Möglichkeit nimmt, bei Handelsungleichgewichten durch Währungsabwertungen zu reagieren, dann kann das nur einige Zeit funktionieren. Aber darüber hinaus auch noch handwerkliche Fehler oder Trickereien bei der Währungsumstellung zu produzieren bzw. zuzulassen, lässt die Krise noch schneller eintreten. Wobei ich auch hier betone, dass die Eurokrise ohne die Welt-Finanzkrise einige Jahre länger auf sich hätte warten lassen, aber sie wäre in der gewählten EU-Konstruktion auf jeden Fall gekommen! Warum sehe ich das so?

Als einen Haupt-Schwachpunkt lässt sich die Festlegung der Durchschnitts-Zielinflationsrate von 2 Prozent für den gesamten Euro-Raum identifizieren. Sie kennen doch die Geschichte vom Wesen des Durchschnitts. Also wenn Sie eine Hand auf eine glühend heiße Herdplatte legen und die andere Hand in einen Kübel mit Eiswasser, dann ergibt das statistisch eine angenehme Durchschnittstemperatur. Trotzdem werden Sie schmerzhaft Verbrennungen und Erfrierungen erleiden. Ergo war eine Durchschnitts-Inflationsrate für die gesamte Eurozone eine fatale Entscheidung. Dadurch wurde nämlich versäumt, den immer stärkeren Verlust der Wettbewerbsfähigkeit in Ländern mit einer Preissteigerungsrate von weit über 2 Prozent, z. B. in Griechenland und Portugal, und die genauso gefährliche Unterschreitung der Inflationsrate unter der Leitlinie von 2 Prozent in den wirtschaftsstarken Ländern zu verhindern. Hier hätte die EZB und die EU-Institutionen die schlimmen Folgen verdeutlichen und massiv gegensteuern müssen. Seltsamer Weise stehen nun nur die „Sünder“ mit den zu hohen Inflationsraten am Pranger, die dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren und auf Pump z.B. deutsche Waren kauften. Die „Sünder“ mit den zu niedrigen Inflationsraten, die sich dadurch logischerweise entgegen der Vereinbarungen Preisvorteile innerhalb des Euroraums verschafften, dadurch die anderen niederkonkurrierten und damit auch Arbeitslosigkeit exportierten, stehen dagegen als Musterknaben da. Dass wir deutschen Musterknaben auch noch in den letzten 10 Jahren massiv gegen die „Makroökonomische Goldene Lohnregel“ verstoßen haben, also real die Löhne gesenkt und dann logischer Weise selbstverständlich die Binnennachfrage in Deutschland abwürgten, wird kaum registriert. Na ja, dies wird ja derzeit noch durch die Exporterfolge weitgehend ausgeglichen und damit übertüncht. Aber diesen Verstoß Deutschlands und ein paar anderen sogenannten starken Ländern an der gemeinsam vereinbarten Zielinflationsrate sahen die Anhänger des Neoliberalismus nicht als unmoralisch und Betrug an der gemeinsamen Sache. Nein, da in dieser Ideologie purer Egoismus die Maxime allen Handelns ist, hatte man auch keinerlei

Skrupel jedwede Unfairness zum eigenen Vorteil einzusetzen. Damit war der wirtschaftliche Niedergang der „schwachen“ Länder der Euro-Zone besiegelt. Die Schuldenkrise war da. Jetzt war aber dann doch Feuer am Dach, weil sich EZB und Politik bewusst wurden, dass die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Euro-Zone unkontrollierbare Reaktionen der Finanzwelt – einschließlich Deutschland – und darüber hinaus auslösen würde. Und nun begann das irrwitzige Spiel der vor allem in Deutschland und der EZB stark verankerten Anhänger der sogenannten Angebotstheorie bzw. Monetarismus-Theorie. Man vergaß beispielsweise, dass auch Deutschland nach dem verlorenen Krieg mit einer völlig zerstörten Wirtschaft nicht durch Reparationszahlungen, also Begleichung der Kriegsschulden und Spardiktate der Siegermächte endgültig für viele Jahrzehnte in eine Wirtschaftsdepression gezwungen wurde. Man vergaß auch, dass letztlich der Marshallplan unser Wirtschaftswunder ermöglichte. Im Gegenteil: man überzog die wirtschaftlich bezwungenen Südeuropäer stur und dogmatisch mit einer Sparorgie statt einen europäischen Marshallplan zu implementieren. Dass diese Spar-Diktate niemals zum Erfolg, nämlich zu wirtschaftlichen Aufschwung führen können, wissen die Nicht-Dogmatiker in der Wirtschafts- und Finanzwissenschaft, die sich mit der Wirtschaftsgeschichte der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren und den Auswirkungen der damaligen Sparprogramme beschäftigt haben. Und diesen Wissenschaftlern ist selbstverständlich auch bekannt, wie die Weltwirtschaftskrise überwunden wurde: Sie wurde nämlich erst besiegt, als US-Präsident Roosevelt die unsinnigen Sparprogramme beendete und massiv mit staatlichen Investitionen – auch mit Schuldenaufnahmen – die Wirtschaft in Schwung und damit auch die Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen zum Laufen brachte.

Was passiert nun durch die sogenannte Austeritätspolitik, also dem Ziel, mit Brachialgewalt die Staatsetats auszugleichen? Ja ganz einfach – Europa wird ohne Änderung dieses Dogmas in eine sehr schwierig zu beherrschende Deflation mit anschließender Wirtschaftsdepression geführt. Na ja, vielleicht sind da immer noch einige von Ihnen skeptisch über meine Prognose. Aber selbst der neoliberal eingestellte Co-Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Anshu Jain, stellte vor wenigen Tagen folgendes fest: Das aktuell große Thema in Europa, nämlich „Rückzahlung der Staatsschulden“, wird durch das Thema „Arbeitslosigkeit, gerade die von Jugendlichen“, als echtes Kernproblem Europas abgelöst. Ich bin überzeugt: Er hat Recht! Übrigens, bis vor ca. einem Jahr habe ich ja mit einigen Managerkollegen noch Wetten über 1 Flasche guten Rotwein abschließen können, indem ich diese Deflations-Prognose stellte. Meine Wettpartner waren nämlich damals immer noch überzeugt: Es droht Inflation, und zwar wegen der Erhöhung der Geldmenge – die Notenbanken haben doch die Druckerpresse angeworfen und schmeißen den Banken Zentralbankgeld hinterher. Ja, dieses Dogma war gerade in Deutschland Mainstream-Meinung. Tatsache ist jedoch, dass nicht die Geldmenge an sich eine Inflation im wirtschaftspolitischen Sinne – also eine Warenkorb-Inflation – entzündet. Nein, entscheidend ist, ob diese erhöhte Geldmenge in den realen Wirtschaftskreislauf gebracht werden kann. Erst wenn die Faktoren Geldmengenmultiplikator – also die Krediterzeugungsrate aus dieser Geldmenge – und auch noch die Geld-Umlaufgeschwindigkeit eine merkbare Steigerung aufzeigen, dann müssen die Alarmglocken für Inflation läuten.

Ich sage Ihnen was wirklich passiert ist.

A) Die Geldmenge steigt ab 2009 bis heute dramatisch an, und zwar als Versuch der Zentralbanken, die Banken mit billigem Geld zu erhöhter Kreditvergabe anzuregen, um eine schwere Rezession zu verhindern.

B) Der Geldmengenmultiplikator stürzt nach 2009 – also nach der Welt-Finanzkrise bis heute dramatisch ab. Warum? Weil die Realwirtschaft wegen fehlender Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher kaum kreditfinanzierte Investitionen tätigt. Inflation ist kein Thema.

C) Die Geld-Umlaufgeschwindigkeit bricht ab 2009 bis heute dramatisch zusammen. Statt Überhitzung der Wirtschaft mit regem Geldkreislauf zeigt diese Kurve Stagnation. Inflation ist kein Thema!¹

Inzwischen haben die meisten meiner Wett-Freunde stillschweigend ihre Flasche Rotwein bei mir abgegeben, denn selbst EZB-Präsident Draghi und die IWF-Präsidentin Christine Lagarde äußern inzwischen fast täglich ihre Sorge vor einer Deflation in Europa. Sie haben nämlich erkannt, dass ihr Auftrag, die Geldwert-Stabilität in Europa zu sichern, nicht nur bei Überschreitung des Inflationsziels von 2 Prozent gefährdet ist. Übrigens, diese 2 Prozent Inflation sind absolut notwendig, um Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zu erreichen. Ja, inzwischen wird diesen Verantwortlichen bewusst, dass die Geldwert-Stabilität bei längerer Unterschreitung der Zielmarke 2 Prozent noch viel extremer gefährdet ist. Tragisch ist in dieser Situation, dass EZB, Bundesbank und IWF an der Spitze von dogmatisch eingestellten Monetaristen besetzt sind, die davon ausgehen, dass man Inflation und Deflation mit Geldmengensteuerung und Zinssteuerung bekämpft. Meine Mitstreiter aus der Wissenschaft, die Pragmatiker und weder dogmatischen Verfechter des Monetarismus nach Nobelpreisträger Milton Friedman, noch der Nachfragetheorie, also Steuerung der Wirtschaft durch staatliches Eingreifen nach Nobelpreisträger John Maynard Keynes sind, empfehlen ganz einfach folgendes: Entsprechend der jeweiligen wirtschaftlichen Situation muss man selbstverständlich undogmatisch aus beiden Modellen die aktuell Erfolg versprechenden Ansätze einsetzen. Dies kann auch ich als Finanzmarktpraktiker nur nachdrücklich empfehlen.

Übrigens hat mich meine Lebenserfahrung gelehrt: **Es gibt nichts Gefährlicheres für Gesellschaften als Dogmatiker, und zwar gleichgültig ob in Religion, Wissenschaft oder Politik.**

Aber zurück zum Vorschlag „Pragmatismus“. Selbstverständlich können heute die Zentralbanken, in Europa mit der EZB an der Spitze, jede Inflationsrate über 2 Prozent bis meinetwegen auch 10 Prozent ohne große Probleme mit der monetaristischen Geldmengen- und Zinssteuerung in der Regel innerhalb von ein bis zwei Jahren wieder auf die gewünschte Zielrate hinsteuern. Dabei werden sich in den Volkswirtschaften selbstverständlich „Dellen“ – einschließlich höherer Arbeitslosenraten – ergeben, die aber eben nach 1 -2 Jahren wieder verschwinden. Das sind ganz normale Wirtschaftszyklen, die keine dauerhafte Gefahr bedeuten. Hier erwiesen sich die monetaristischen Ideen sogar als sehr zielführend und gut. Was aber ist bei deflationärer Tendenz? Leider glauben die Monetaristen fest daran, dass hier mit dem Anwerfen der Notenpresse und Zinssenkungen bis hin zu Null bzw. sogar Minuszinsen für die Einlagen der Banken bei der EZB etwas bewirken können. Sie merken die Auswirkungen dieser Politik ja persönlich an Ihren Bankzinsen. Zur Zinssituation dürfen Sie mich dann in der Diskussion ruhig noch mal ansprechen. Herr Draghi und seine Anhänger aus der Politik behaupten ja, dass sich die Verbraucherinnen und Verbraucher in einer Deflation vom Kauf der Güter und Dienstleistungen zurückhalten, in der Erwartung, dass die Preise

¹ www.research.stlouisfed.org, FRED - Economic Data

weiter sinken und dann noch billiger eingekauft werden kann. Geiz ist geil, oder? Solche Situationen mag es schon geben. Aber Tatsache ist doch schlicht und einfach in der jetzigen Situation, dass die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland reale Lohneinbußen in den letzten 10 Jahren hinnehmen mussten, und zwar wie vom Statistischen Bundesamt bekanntgegeben auch im Jahr 2013. In Südeuropa wurde für die Bevölkerung Arbeitslosigkeit mit über 20 Prozent bzw. bei der Jugend um über 50 Prozent sowie Lohn- und Rentenkürzungen zwischen 15 und 50 Prozent bittere Realität. Es ist doch klar, dass die Menschen in Euroland nicht mit dem Geldausgeben auf noch billigere Preise warten, sondern sie haben schlicht und einfach nicht genügend Geld zum Einkaufen! Also jetzt wäre Pragmatismus und nicht Dogmatismus angesagt. Lassen wir in der aktuellen Lage einfach Keynes Theorien wirken, nämlich statt Sparprogramme des Staates Ankurbelung von Wirtschaft und Arbeit durch staatliche Investitionen, die dann im Schlepptau Investitionen der Unternehmen wegen steigender Nachfrage initiieren. Selbstverständlich sind hier auch die Kommunen einzubinden. Oder sind unsere Straßen, Schulgebäude und andere Dinge im besten Zustand? Dies wäre übrigens auch beste Mittelstandsförderung.

Also, staatliche Investitionen über das normale Maß hinaus in unserer wahrlich auf Verschleiß fahrenden Infrastruktur wären eine echte Chance und ein erster Schritt in die richtige Richtung. Aber ich gehe sogar davon aus, dass diese staatlichen Investitionen allein diesmal sicherlich nicht mehr zur Abwehr einer tiefen Wirtschaftsdepression in Europa ausreichen. Ich sage Ihnen als Praktiker und Pragmatiker der Finanzwissenschaft, dass wir zusätzlich eine Umsteuerung bei der Lohn- und Gehaltsentwicklung benötigen. Wir brauchen die erneute Umsetzung der von dem Wirtschafts-Praktiker und Automobil-König Henry Ford geprägten simplen Erkenntnis „Autos kaufen keine Autos“. Wir brauchen dringend eine Stärkung der Massenkaufkraft!

Deshalb brauchen wir unbedingt in den nächsten Jahren höhere Löhne für Normalverdiener in Deutschland, also der großen Mehrheit unserer Bevölkerung, und zwar über die Makroökonomische Goldene Lohnregel hinaus, also der Formel „Durchschnittlicher Produktivitätszuwachs der Gesamtwirtschaft plus EZB-Ziel-Inflationsrate in Höhe von 2 Prozent ist gleich Lohnsteigerungspotential“. Auch dann wird es aber bestimmt mehr als 5 Jahre dauern, bis wir aus der Deflationsfalle herauskommen. Für diese Aussage nehme ich übrigens gern wieder Gegen-Wetten für 1 Flasche guten Bio-Rotwein entgegen.

Nach diesen Ausführungen gebe ich Ihnen gern auch meine Einschätzung für die künftige Entwicklung von Euro-Land:

Ich sehe hier drei Szenarien:

1. Wir machen weiter mit der Austeritätspolitik – also dem absoluten Zwang für einen ausgeglichenen Staats-Etat -, die langsam auch auf Frankreich überspringt.

Ergebnis aus meiner Sicht: Ca. 15 bis 20 Jahre Stagnation à la Japan mit Deflation und hoher Arbeitslosigkeit mittelfristig in allen Euro-Ländern.

Gefahr: Radikalisierung der Gesellschaft in politischen Fragen und höchste Gefahr für den Euro mit einem eventuellen Auseinanderbrechen der Euro-Zone

2. Einstieg in Schuldenschnitte und Schuldenvergemeinschaftung mit Auflage eines EU-Marshallplans.

Ergebnis aus meiner Sicht: ein gangbarer Weg, der aber ebenfalls bei schlechter medialer Vorbereitung zu Radikalisierungen und Europafeindlichkeit in den sogenannten „Geberländern“ führen kann.

3. Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit und Kooperationsfähigkeit

Dies wird erreicht durch Zurückhaltung der „schwachen“ Staaten mit Lohnsteigerungen, also deutlich weniger als nach der Goldenen Lohnregel und in den starken Ländern wie Deutschland und Österreich Lohnsteigerungen von deutlich mehr als nach der Goldenen Lohnregel. Dann würden langsam, kontinuierlich und ohne Verwerfungen in ca. 10 bis 15 Jahren weitgehend wieder gleichwertige Wirtschaftsräume entstehen und ein Euroland der Kooperation statt gandenloser und unsinniger Konkurrenz.

Mein Favorit: Punkt 3.

Meine Einschätzung der Wahrscheinlichkeit: Punkt 1 oder im günstigerem Fall Punkt 2.

5. Denkanstöße für einen Wandel zur gemeinwohlorientierten ökosozialen Marktwirtschaft als Chance für Europa

Lassen Sie mich aber abschließend zu meinen Ausführungen noch einmal darauf hinweisen: Europas Finanz- und Realwirtschaft leidet an die Auswirkungen der neoliberalen Dogmen, die in den letzten 30 Jahren die Wirtschaft nach und nach beherrschten. Wir sind zurzeit auf Titanic-Kurs und wir haben nicht mehr viel Zeit für eine Kursänderung, um den Crash wie beim Titanic-Eisberg zu verhindern. Und machen wir uns nichts vor – es ist wie auf der Titanic, wir tanzen und feiern unsere Erfolge und wollen die Gefahren als die scheinbar „Unsinkbaren“ nicht sehen. Diese falsche Ideologie gilt es entschlossen zu überwinden. Die Anregungen vieler meiner Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Senat der Wirtschaft und im Institut für gemeinwohlorientierte Politik trage ich deshalb gern vor:

1. Paritätische Besetzung von ökonomischen Beratungsgremien der politischen Gremien der EU und Deutschlands mit bekennenden Verfechter der Angebotstheorie, der Nachfragetheorie und Pragmatikern.
2. Rechtliche Vorgabe, dass jedes bilanzierungspflichtige Unternehmen neben der Finanzbilanz eine zertifizierte Gemeinwohlabilanz (vor allem mit Zahlen zur Kundenzufriedenheit und Mitarbeiterzufriedenheit) erstellen und veröffentlichen muss.
3. Umgehende Einleitung von politischen Steuerungsmaßnahmen zur Beendigung des Verteilungsungleichgewichts bei Vermögen und Einkommen, z. B. Vermögensabgabe, steuerliche Lenkungsmaßnahmen, Lenkungsmaßnahmen bei Subventionen durch den Staat.
4. Lenkungsmaßnahmen zum Abbau von Prämien und Boni für das Topmanagement, Führungskräfte und Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter, z.B. durch steuerrechtliche Nichtanerkennung von Boni und Prämien als Betriebsausgaben. Sie setzen in der Regel die falschen Anreize und korrumpieren nur und verhindern unverzichtbare Kooperationen zum Vorteil der Gesellschaft.

5. Keine Fusionen ohne Beteiligung, also Mitbestimmung, der Belegschaft. Sie sind nämlich die Betroffenen.
6. Erweiterung des Kartellgesetzes auf Prüfung des Gemeinwohlnutzens bei beantragten Firmenzusammenschlüssen bzw. Aufkauf von Konkurrenzunternehmen und Erweiterung des Rechts bzw. der Pflicht zur Zerlegung von marktbeherrschenden Konzernen.
7. Unbedingte Aufnahme von ökosozialen Aspekten, Nachhaltigkeit und Wirtschaft-Ethik in die Universitäts- und Hochschul-Curricula – also in die Lehrpläne der Ökonomie-Studiengänge.
8. Selbstverpflichtung der Managerinnen und Manager und aller Führungskräfte, sich neben den beruflichen betriebswirtschaftlichen Aufgaben ehrenamtlich für Fragen der Gesamtwirtschaft und Gesellschaft zu engagieren. Also Abwehr des „Fachidiotentums“ und Verzicht auf den „Betörenden Glanz der Dummheit“ einer abgehobenen Klasse, den Esther Vilar¹ so treffend in ihrem gleichnamigen Buch beschrieben hat.
9. Umfassende Rückkehr zur Makroökonomischen Goldenen Lohnregel².
10. Rückkehr zu einer ausgeglichenen Handelsbilanz entsprechend dem „Magischen Viereck der Volkswirtschaft“.³
11. Persönlicher Einsatz aller kritisch eingestellten Bürgerinnen und Bürger, unser Wirtschaftssystem wieder vom Kopf auf die Beine zu stellen. Also sich dafür nachhaltig einsetzen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt.

Wenn wir diese Vorschläge, die sicherlich noch ergänzbar sind, umsetzen könnten, dann wäre auch die weitere Umverteilung von unten nach oben gestoppt. Wir könnten dann über eine Berichtigung der jetzt geschaffenen Verteilungs-Ungerechtigkeit durch entsprechend demokratisch abgestimmte Konzepte einleiten, denn die derzeitige Situation ist bereits unerträglich geworden. Das beweisen folgende Tatsachen:

Es kann doch nicht auf Dauer gut gehen, dass heute nur 737 Firmen 80 Prozent des Weltmarkts beherrschen.

Ergebnis: weniger als 1 Prozent der 43 000 transnationalen Unternehmen weltweit hat die Kontrolle über die Märkte. Was hat das noch mit Demokratie und fairen Wettbewerb zu tun?⁴

Es kann doch nicht auf Dauer gut gehen, nein es ist der reinste Irrsinn, dass 300 Menschen das gleiche Vermögen besitzen wie die ärmere Hälfte der Welt, also wie 3,6 Milliarden Menschen!⁵

Ich denke, wir dürfen das Modell „Casino-Kapitalismus und Profit-Maximierung“ nicht mehr länger akzeptieren.

Wenn wir unsere Gesellschaft nicht zerstören wollen, müssen wir alles tun, um den Wandel hin zu einer am Gemeinwohl ausgerichteten, sozialen und vor allem die Ökologie als unsere Lebensgrundlage beachtenden Marktwirtschaft zu schaffen.

Dazu gehört selbstverständlich ein wirklich fairer Wettbewerb, vor allem aber Kooperation zum Vorteil der Gesellschaft. Überwinden müssen wir die gnadenlose und damit letztlich dummliche Konkurrenz um jeden Preis. **Die Menschen sind deshalb zur Krone der**

¹ Esther Vilar: Der betörende Glanz der Dummheit

² www.flassbeck-economics.de, 13.12.2013

³ www.wikipedia.org, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz)

⁴ Studie der ETH Zürich – Arno Gruen: „Dem Leben entfremdet“, S. 136

⁵ Oxfam-Studie in „The Huffington Post vom 27.02.2014

Schöpfung geworden, weil sie von Beginn an im Gegensatz zu anderen Kreaturen kooperierten!

Überwinden müssen wir auch die uns in den letzten 20 Jahren eingehämmerte fast schon verächtliche Meinung über den Staat als den unfähigen Loser, denn der Staat sind wir, die Bürgerinnen und Bürger. Also meinen die neoliberalen Eliten mit dieser Verachtung uns 90 Prozent. Man kann sich selbstverständlich über politische Entscheidungen ärgern. Aber hier hilft nur das politische Engagement von uns allen, gleichgültig ob in Parteien oder Nicht-Regierungs-Organisationen, um etwas zu ändern. Die vielleicht in schwierigen Zeiten entstehende Sehnsucht nach einem allwissenden politischen Führer bzw. Führerin ist einfach irrational und würde unsere Demokratie zerstören. Und schon gar nicht dürfen wir auf unser wichtigstes Grundrecht in einer echten Demokratie verzichten, nämlich die Teilnahme an Wahlen – das wäre der dümmste Weg!

Lassen Sie mich noch etwas emotional werden:

Packen wir es an – nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt! Unser wunderschöner Planet Erde verdient es, dass wir um ihn kämpfen! Werfen wir diese zerstörerische Ideologie auf den Müllhaufen der Geschichte!

Bücher-Empfehlungsliste

- “66 starke Thesen zum Euro, zur Wirtschaftspolitik und zum deutschen Wesen“ von Heiner Flassbeck (Emeritierter Chef-Ökonom der weltwirtschaftlichen UN-Organisation UNCTAD)
- „Der stille Putsch – wie eine Elite aus Wirtschaft und Politik sich Europa und unser Land unter den Nagel reißt“ von Jürgen Roth (Investigativer Journalist)
- „Der Preis der Ungleichheit“ von Joseph Stiglitz (Ökonomie-Nobelpreisträger)
- „Welt mit Zukunft“ von Franz Josef Radermacher (Mitglied des Club of Rome)
- „Der betörende Glanz der Dummheit“ von Esther Vilar (Schriftstellerin)